

11²⁰

**Niederschrift über die
Besprechungen anlässlich des
Besuches des bayerischen
Ministerpräsidenten Dr.[!]
Schäffer im Beratungszimmer des
Oberbürgermeisters²¹**

Augsburg, Samstag, 14. Juli 1945

Beginn: 12 Uhr 10

Ende: 13 Uhr 40

Anwesend: Ministerpräsident Schäffer, Wirtschaftsminister Lange, Ministerialdirektor Fischer, Regierungspräsident Dr. Kreisselmeyer, geschäftsführender Bürgermeister Dr. Ott, Stadtrat Sennefelder, Forstamtmann Hergenröder, Stadtrat Weinkamm, Studienprofessor Dr. Feller, Direktor Dr. Seiler, Oberbaurat Moos, Baudirektor Beblo, Baudirektor Hett. Protokoll: Oberinspektor Feile.²²

Tagesordnung: [I. Entnazifizierung der Stadtverwaltung. II. Brennstoffversorgung. III. Nahverkehr. IV. Flüchtlinge. V. Evakuierte. VI. Ernährung. VII. Schulangelegenheiten. VIII. Städtisches Orchester. IX. Bekenntnisschulen und Berufsschulen. X. Fürsorgeleistungen. XI. Wiederaufbau der Krankenhäuser. XII. Fürsorgeverbände. XIII. Kriegssachschäden. XIV. Baustoffbewirtschaftung und Kohlenmangel. XV. Bauwesen. XVI. Entnazifizierungspraxis.]

[I. Entnazifizierung der Stadtverwaltung]²³

Geschäftsf. Bürgermeister *Dr. Ott*²⁴ begrüßt den Ministerpräsidenten und stellt die anwesenden Sachbearbeiter vor. Mit einem Hinweis auf die Personalsorgen erteilt er das Wort Stadtrat *Sennefelder*.

Ministerpräsident *Schäffer*: Kann nach Entlassung aller Parteigenossen mit dem verbleibenden Personalstand noch weitergearbeitet werden?

Stadtrat *Sennefelder*²⁵: Die Entlassungen wirken sich bei uns folgendermaßen aus:

Bei den städtischen Krankenanstalten müssen von 48 Ärzten 43 entlassen werden, darunter sämtliche Chefarzte, ferner sämtliche Krankenpfleger bis auf einen und sämtliche Beamte ebenfalls bis auf einen.

Bei der städtischen Forstverwaltung sind sämtliche Beamte vom Oberforstrat bis zum letzten Forstaufseher zu entlassen.

Fast genauso schlimm wirken sich die Entlassungen bei der Feuerschutzpolizei aus, weil von 60 Offizieren und Mannschaften nur 2 verbleiben können.

20 StK 113700.

21 „Am 14. Juli 1945 machte der Bayerische Ministerpräsident Schäffer Staatsbesuch bei der Regierung von Schwaben und der Stadt Augsburg wie ähnlich vorher und nachher bei den übrigen Regierungen und Regierungshauptstädten. Der Besuch war natürlich nicht oder doch nicht nur als Höflichkeitsakt gedacht, sondern als Informationsreise dringlichster Art. [...] In seiner Begleitung befanden sich Wirtschaftsminister Lange, Ministerialdirektor Fischer sowie der Regierungspräsident von Schwaben Dr. Kreisselmeyer. Ich konnte Ihnen die Referenten bzw. Referentenstellvertreter vorstellen. Unter diesen befand sich allerdings, außer mir selbst, keiner der Herren mehr, die noch bei Kriegsende in Dienst gewesen waren, aber auch keiner von denen mehr, mit denen ich selbst die Führung der Bürgermeistergeschäfte begonnen hatte. Sie waren alle bereits der Entnazifizierung zum Opfer gefallen. An ihre Stelle waren vorerst nur zwei neue Herren (Sennefelder und Weinkamm) getreten, während die übrigen 5 bis 6 Referate von erfahrenen Amtsvorständen geführt wurden“; *Ott*, Bürgermeistererinnerungen 1945/46 S. 71 f. (Stadtarchiv Augsburg Dok 703). Zu Besprechungen Schäffers mit der Militärregierung für Augsburg und dem Regierungspräsidenten am Vormittag dieses Tages vgl. Nr. 38. Zur Lage in Augsburg vgl. *Ott*, *Peterson* S. 272–297 und *Riegele*. Zu dem Besuch Schäffers auch *Augsburger Anzeiger* 20. 7. 1945.

22 Nikolaus *Feile*, geb. 1906.

23 Vgl. *Riegele* S. 86–88 und *Ott* S. 52 ff.

24 Dr. jur. Wilhelm *Ott* (1886–1969), Jurist, seit August 1919 berufsmäßiger Stadtrat in Augsburg, in verschiedenen Referaten tätig, seit 1939 Stadtkämmerer, am 28. 4. 1945 von der Besatzungsmacht zum kommissarischen Bürgermeister von Augsburg bestellt, nach Zerwürfnis mit der Militärregierung (Entnazifizierung der Verwaltung) zum 31. 8. 1945 entlassen; April–Oktober 1946 Polizeireferent bei der Regierung von Schwaben, von Oktober 1946 bis Mai 1958 wiederum Finanzreferent der Stadt Augsburg.

25 Xaver *Sennefelder*, geb. 1886, Postsekretär, 1925–1929 Mitglied des Stadtrates in Augsburg (SPD), 1933 mehrmals verhaftet, zweimal im Konzentrationslager Dachau, 1945–1948 Personalreferent, 1948–1952 Wohlfahrtsreferent in Augsburg. Sennefelder versah das Amt erst seit 4. 7. 1945. Vgl. Anm. 23.

Die gewünschte Eröffnung der Volksschulen scheitert an dem Mangel an Lehrkräften. Vom männlichen Lehrpersonal stehen nämlich nur mehr 6 Mann zur Verfügung.

Aber auch in anderen Zweigen der Verwaltung verbleiben fast keine eingearbeiteten Leute mehr, wovon besonders die technischen Referate, wie Baureferat und Stadtwerke betroffen werden.

Es besteht also die Gefahr, daß die Arbeit überhaupt ins Stocken kommt. Das, was verbleibt, sind hauptsächlich fast nur Frauen.²⁶

Ministerpräsident *Schäffer*: Haben Sie nicht die Hoffnung, daß von der Wehrmacht noch eine größere Anzahl Entlassener zurückkommt?

Stadtrat *Sennefelder*: Es werden früher oder später bestimmt noch Leute von der Wehrmacht zurückkommen. Die Hauptschwierigkeit liegt aber in dem zeitlichen Drängen der Militärregierung.²⁷

Ministerpräsident *Schäffer*: Die Amerikaner wollen bis Ende August mit der Aktion fertig sein. Bei dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die diese Aktion mit sich bringt und die Opfer, die sie verlangt, erklärte die amerikanische Militärregierung, daß das das Opfer des Besiegten sei. Es wird also nichts übrig bleiben, als mit zusammengebissenen Zähnen diese Situation zu meistern. Glauben Sie, daß in Augsburg auch menschlich viel Unrecht geschieht?

Stadtrat *Sennefelder*: Großes Unrecht sogar.

Ministerpräsident *Schäffer*: Haben Sie Gegenvorstellungen gemacht und hatten diese Erfolg?

Stadtrat *Sennefelder*: Wir können nur, wenn die Aktion durchgeführt ist, diese Fälle nochmals persönlich vortragen. Es wird dann von Fall zu Fall darüber entschieden werden. Der Gouverneur²⁸ hat zugesagt, daß Leute, die sich anständig geführt haben, später hereingeholt werden können und zwar wurde erklärt, in ihre alten Dienststellungen.

Ministerpräsident *Schäffer*: Wenn aber die alten Stellungen bereits besetzt sind?

Stadtrat *Sennefelder*: Wir stellen die Leute nur auf Probendienstvertrag an.

Ministerpräsident *Schäffer*: Wenn Sie wissen, daß diese Erklärungen der Amerikaner ehrlich gemeint sind und Sie, sagen wir vom September, Oktober ab wieder Einstellungen vornehmen können, können Sie diese Zeit dann durchhalten?

Stadtrat *Sennefelder*: Das ginge wohl. Bezüglich des Zeitpunktes der Einstellung wurde aber von 3 Jahren, dann wieder von 6 Monaten und dann wieder von 3 Monaten gesprochen. Ich bin aber persönlich davon überzeugt, daß die Absicht besteht, nicht belastete Parteigenossen wieder aufzunehmen.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Es fragt sich also nur, wann, unter welchen Bedingungen und ob in ihre ursprüngliche Stellung.

Ministerpräsident *Schäffer*: Ob es taktisch richtig ist, jetzt schon Gegenvorstellungen bezüglich einzelner Herren zu machen? Einen Fall mit negativem Erfolg haben wir bereits praktiziert. Bei anderen Fällen blieben unsere Vorstellungen liegen. Ich halte dies an sich für ein gutes Zeichen und bin überzeugt, daß

²⁶ Vgl. *Riegele* S. 91 f. und *Peterson* S. 276 bes. Anm. 29.

²⁷ Bis zum 8. Juni 1945 war die Stadtverwaltung Augsburg unmittelbar der Militärregierung für den Regierungsbezirk Schwaben unterstellt gewesen (Chef: Oberst Joubanc). Ab 8. Juni war für den Stadtkreis Augsburg, den Landkreis Augsburg und den Landkreis Friedberg eine besondere Dienststelle der Militärregierung errichtet worden. Seit dem 4. 7. 1945 verschärfte die Militärregierung die Entnazifizierungsanordnungen; *Ott* S. 46 und 54. Bei der Einsetzung von Bürgermeister Ott am 28. 4. 1945 hatte die Militärregierung an die Berufung von Referenten lediglich die Bedingung geknüpft: „...daß Herren, die sich parteipolitisch exponiert hätten, nicht in leitenden Stellungen Verwendung finden dürften!“ Der leitende Offizier stellte die Tragweite dieser Abgrenzung ausdrücklich klar, indem er bemerkte, „es könne hienach ein Mitglied der NSDAP, das sich dort parteipolitisch nicht hervorgetan habe, in einer leitenden Stellung der Stadtverwaltung beschäftigt werden, und umgekehrt ein Mitglied, das sich sehr exponiert habe, beispielsweise durchaus als Straßenbahnschaffner Verwendung finden“; ebd. S. 12; vgl. *Niethammer*, *Mitläuferfabrik* S. 142.

²⁸ Major Everett S. *Cofran* (1903–1946), im 1. Weltkrieg Dienst bei einer amerikanischen Besatzungstruppe im Rheinland, Mai 1945 Chef der Militärregierung für Bonn, ab 8. Juni Chef der Militärregierung für Augsburg, im August 1945, zeitgleich mit der Entlassung von Ott, versetzt zur Militärregierung in Regensburg, Dezember 1945 Militärgouverneur von Passau, dort am 7.1.1946 von einem amerikanischen Soldaten ermordet; vgl. *Ministerrat* vom 9. 1. 1946 sowie *Seidel*. Die verschiedentlich verkürzende Darstellung als Deutschenhasser (*Augsburger Stadlexikon*: Militärregierung; *Kiss* S. 22; *Peterson* S. 275) wird von Ott relativiert, der ihn als harten, aber um Gerechtigkeit bemühten Offizier bezeichnet; vgl. *Ott* S. 52 und 99.

man bei aufrechten, zuverlässigen Leuten – nicht Gesinnungsnazis – in ein paar Monaten eher wieder Gegenvorstellungen erheben kann.

Stadtrat *Sennefelder*: So muß also augenblicklich der gegebene Befehl durchgeführt werden.

Ministerpräsident *Schäffer*: Die amerikanische Militärregierung will eben schnellstens einen möglichst günstigen Bericht in dieser Sache an ihre Vorgesetzte Stelle (Armeeoberkommando) machen. Nachher besteht eher wieder die Hoffnung, etwas zu erreichen. Wir sind eben vorläufig nur Vollzugsorgan.²⁹ In der Situation, in der sich die Stadt Augsburg befindet, befindet sich die Staatsverwaltung erst recht. Als ich den Posten des Ministerpräsidenten zu meiner Überraschung übernehmen mußte, hatte ich auch niemand um mich. Ich mußte die Landesverwaltung erst wieder neu aufziehen. Wenn man nicht gesunde Nerven hätte, wäre es an sich zum Verzweifeln.

Geben Sie uns einen Bericht über die Erfahrungen Ihrer Referate im Telegrammstil!

Bürgermeister *Dr. Ott*: Wie es um den Wiederaufbau der Stadt steht, darauf werde ich bei den einzelnen Referaten noch zu sprechen kommen.

Zur Personalsache ist für die Stadtverwaltung und insbesondere für die Beamten noch die Frage der Gewährung von Pensionen von Interesse. Hier hat man uns erklärt, daß solche mit Genehmigung der Militärregierung bezahlt werden können. Über die Höhe hat man sich allerdings vorerst ausgesprochen. Man wird vielleicht eine Regelung in dem Sinne erwarten dürfen, daß man als Berechnungsgrundlage für die Versorgung den Zeitpunkt vor Beitritt zur Partei annimmt.

Auf die Schwierigkeiten bei der Forstverwaltung möchte ich besonders hinweisen. Hier hat Forstamtmann Hergenröder³⁰ für den entlassenen Stadtförstrat Amberg³¹ vorläufig die Geschäfte weiterzuführen. Für 5900 ha Waldbesitz haben wir nach Durchführung der Personalaktion keinen Forstbeamten, ja nicht einmal einen Forstaufseher mehr. Auf der Suche nach eingearbeiteten Kräften haben wir uns schon an die Landesforstverwaltung gewandt.

[II. Brennstoffversorgung]

Ministerpräsident *Schäffer*: Sie müssen hiewegen eben nochmals mit der Militärregierung reden. Wenn schon ein verstärkter Holzbedarf durch Mehreinschlag gedeckt werden soll, dann muß eben auch das nötige forsttechnische Personal vorhanden sein. Bei der Landesforstverwaltung war es z.B. so, daß von den Forstbeamten 98% in der Partei waren und 50% darin noch Funktionen hatten. Gerade in der Holzbewirtschaftung wollen nicht nur die Amerikaner bedeutende Lieferungen von uns,³² sondern sie erklären darüber hinaus, daß wir im Winter keine Kohle haben. Wenn wir die notwendigen Kohlen für die Industrie hereinbringen, dann sind wir froh und es ist ein Wunder vollbracht. Für Hausbrand Kohle herbeizuschaffen, ist ausgeschlossen. Es muß also zunächst vor allem dafür gesorgt werden, daß kleine Öfen zur Verfügung stehen und ein Raum (in halb zerstörten Wohnungen usw.), den man einigermaßen beheizen kann (Holzheizung). Für diese Arbeit muß jeder Monat ausgenützt werden. Es darf nicht erst im Oktober und November angefangen werden. Die Leute müssen möglichst alle selbst in den Wald gehen. Das ist der einzige Rat, den ich geben kann. Ich darf auch gar nichts (z.B. am Radio) von einer Kohlenbeschaffung sagen. Was wäre, wenn das z.B. die Engländer mithören würden? Der Staatswald hat eine Ausbeute (bei 166% Einschlag) von 1, 6 Millionen Raummeter Holz³³. Hievon beansprucht die Hälfte die Besatzungsarmee, so daß noch 800.000 Raummeter verbleiben. Von diesen sind 400.000 Raummeter als Tankholz³⁴ benötigt. Wie weit die restlichen 400.000

29 Vgl. Reese in Nr. 24.

30 Norbert *Hergenröder* (1897–1972), seit 1919 in der staatl., von 1929 bis August 1945 in der städt. Forstverwaltung Augsburgs beschäftigt, 1. 9. 1949 Versetzung in den Ruhestand.

31 Robert *Amberg* (1888–1970), Oberförstrat, zum 1. 1. 1948 in den Ruhestand versetzt.

32 Vgl. Nr. 10.

33 Vgl. Nr. 10.

34 Vgl. Nr. 10 Anm. 14.

cbm Holz reichen, können Sie selbst errechnen, wenn Sie den jährlichen Kohleverbrauch der Stadt Augsburg auch nur annähernd zugrunde legen. Der Staat muß also sagen, daß alle Gemeinden, in deren Nähe Wald ist, diesen Wald selbst ausnützen müssen. Mit Zuweisungen können nur Gemeinden in waldarmen Gegenden rechnen. Es ist dabei selbstverständlich, daß wir uns um das flache Land überhaupt nicht kümmern können. Den Evakuierten auf dem Land muß man sagen, daß sie selbst Holz lesen müssen. Dies geht aber nicht für die Städte, abgesehen von den anderen Problemen, die die Umstellung der Heizung auf Holz dort verursacht.

[III. Nahverkehr]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Etwa 1/3 der Augsburger lebt noch auf dem Land. Es wäre schon viel geschehen, wenn Vorortszugverbindungen bestünden, weil dann der Drang nach der Stadt eingedämmt würde, wenn die Leute eine Verbindungsmöglichkeit zwischen Arbeitsstätte und Wohnort haben.

Ministerpräsident *Schäffer*: Wie es in Augsburg ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat mir der Präsident der Reichsbahndirektion München vorgestern wieder telefonisch versichert, daß nächste Woche der Vorortverkehr München läuft. Ich bin auch überzeugt, daß dies Wesentliches ausmacht, wenn die Leute etwa in einem Radius von 20–25 km um die Großstadt herum weiter wohnen können.

[IV. Flüchtlinge]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Ich möchte hier noch überörtliche Probleme der Rückwanderung anschneiden, namentlich solche von Volksdeutschen aus der Tschechei und Schlesien nach Bayern. Der Stadt Augsburg ist es unmöglich, diese Leute aufzunehmen. Sie müssen eben ähnlich wie die Evakuierten aus Bombengebieten auf dem Lande untergebracht werden.

Ministerpräsident *Schäffer*: Ich glaube z.B. nicht, daß mit größeren Ausweisungen aus der Tschechei zu rechnen ist.³⁵ Die Amerikaner werden sich wohl überzeugt haben, daß entgegen den bisherigen Erörterungen die Städte Pilsen, Eger usw., seit Jahrhunderten deutsch sind. Sie werden wohl geneigt sein, solche Massenausweisungen zu verhindern. Anders verhält es sich mit den Deutschen, die erst seit 1938 dort zugewandert sind. Ich betone aber, daß ich nichts Sicheres weiß. Die letzte diesbezügliche Anfrage ist von den Amerikanern übergangen worden. Scheinbar ist ihnen diese Frage unangenehm.³⁶

[V. Evakuierte]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Anscheinend ebenso unangenehm wie die zur Erörterung kommende Rückwanderung unserer Brüder aus dem Norden.

Ministerpräsident *Schäffer*: Wie sie aus der Radio-Durchsage entnommen haben werden, brauchen wir eine Aufstellung dieser evakuierten Personen, um ihre Heimbeförderung einzuleiten.³⁷ Sie sehen also, daß die Sache in Vorbereitung ist. Es dürfen nun nicht z.B. die Städte in Norddeutschland³⁸ ähnliche Aufrufe wie die Stadt München³⁹ usw. erlassen, daß niemand in die Stadt zurückkehren darf.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Wenn diese Leute auch nicht in ihre Städte zurückkehren, dann sollte man sie wenigstens in ihre Landkreise abbefördern.

Stadtrat *Weinkamm*⁴⁰: Ich bitte, daß von der Landesregierung aus eine Weisung an die Landräte und Bürgermeister hinausgegeben wird, daß das ständige Drängen auf die Evakuierten,⁴¹ in die Stadt Augsburg

35 Vgl. Nr. 6 TOP I.

36 Vgl. Nr. 83.

37 Vgl. Nr. 5 TOP XI bes. Anm. 26 und 29 und Nr. 24.

38 S. z.B. zu Hamburg ML vorl. Nr. 269.

39 Vgl. Nr. 7 Anm. 82.

40 Otto Weinkamm (1902–1968), Rechtsanwalt, 1930–1933 Stadtrat in Augsburg (BVP), 1945 Gründungsmitglied der Augsburger CSU und Stadtrat für Nachkriegswirtschaft, am 4. 6. 1946 vom Stadtbeirat zum Oberbürgermeister gewählt, von der Militärregierung nicht bestätigt, am 10. 7. 1946 vom Amt zurückgetreten, Stadtrechtsrat, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates des VWG, 1952–1954 bayer. Justizminister, 1953–1958 MdL, 1957–1965 MdB, 1959–1966 Abgeordneter des Europaparlaments (CSU).

zurückzukehren, eingestellt wird, da die Leute hier nicht ohne weiteres sogleich alle wieder aufgenommen werden können.⁴²

Ministerpräsident *Schäffer*: Ich hoffe, daß wir, wenn die Unterlagen gesammelt sind, mit dem Rücktransport der Evakuierten nach Norddeutschland nach Zusammenstellung von Transporten und Schaffung von Fahrgelegenheiten⁴³ beginnen können. Diese Aktion kann sich aber nur auf nicht-bayerische Evakuierte ausdehnen. Für unsere bayerischen Volksgenossen müssen wir selbst sorgen.

[VI. Ernährung]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Auf dem Gebiet der Ernährung werden wir hier in Augsburg im großen ganzen Anschluß an das neue Jahr gewinnen. Wenn die Amerikaner immer wieder behaupten, daß sie ihre gesamte Ernährung selbst beibringen, so ist zu beachten, daß sie auf verschiedenen Gebieten, z.B. Versorgung mit Frischgemüse, immer wieder in unsere Ernährung eingreifen bzw. Lieferungen wegnehmen. Wenn sie bei ihrer Behauptung bleiben, müssen sie uns diese Lebensmittel in anderer Form ersetzen.

Ministerpräsident *Schäffer*: Ich bitte, mir hier eine schriftliche Anregung zu geben. Die Amerikaner stehen auf dem Standpunkt, daß sie der deutschen Bevölkerung kein Gramm Nahrungsmittel geben dürfen. Wir müssen insbesondere auch wissen, in welchem Umfang Nahrungsmittel an die Amerikaner abgegeben bzw. von diesen beschlagnahmt werden.

Stadtrat *Weinkamm*: Wir bekommen z.B. Frischgemüse in LKW aus Unterfranken. Wiederholt schon und nun neuerdings wurde ein Wagen, noch bevor er beim Markt eintraf, von den Amerikanern beschlagnahmt.

[VII. Schulangelegenheiten]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Wie steht es mit den Lehrbüchern für die Volksschulen?

Studienprofessor *Dr. Feller*⁴⁴: Bekommen wir sie aus München ganz?

Ministerpräsident *Schäffer*: Ich weiß nur, daß die Bücher für die Volksschulen tatsächlich fertiggestellt sind. Es handelt sich im wesentlichen um die alten vor 1933 gebrauchten Bücher. Wenn ich Abschrift des Protokolls bekommen habe, werde ich mit dem Kultusminister wegen der Bücher sprechen.

Studienprofessor *Dr. Feller*: Wir haben hier für Augsburg vom Kultusminister die Aufforderung bekommen, die Sache wegen der Bücher selbst zu betreiben.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Hinsichtlich der Oberschulen erklärt man uns hier, daß vor dem nächsten Jahr mit der Wiedereröffnung nicht zu rechnen ist.

Ministerpräsident *Schäffer*: Bei der Landesregierung war ein Wechsel im Referat. Etwas Bestimmtes liegt noch nicht vor.

[VIII. Städtisches Orchester]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Unser Erziehungsreferent ist gleichzeitig Kunstreferent, und ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß wir unser städtisches Orchester verlieren, zum einen, weil es sich um lauter Parteimitglieder handelt, zum anderen, weil die Stadt kaum mehr in der Lage wäre, es zu bezahlen.

Ministerpräsident *Schäffer*: Das ist sehr schade. Man sollte diese kulturelle Einrichtung nicht verlieren. Konzerte stehen doch nicht unter Preisüberwachung, so daß man mit entsprechender Preisgestaltung wohl den wesentlichen Teil der Kosten decken könnte.

41 Bei Evakuierten ist zu unterscheiden zwischen den aus Bombengebieten des Deutschen Reiches nach Bayern evakuierten nicht-bayerischen Evakuierten und den hier angesprochenen aus bayerischen Städten zum Schutze vor Luftangriffen auf das Land verschickten Personen.

42 Die Einwohnerzahl Augsburgs betrug bis zum ersten großen Luftangriff am 25./26. 2. 1944 rd. 187.000, ging in der Folge auf 100.000 zurück und betrug bei der Besetzung wieder ca. 130.000; *Ott* S. 78.

43 Vgl. Nr. 5 bes. Anm. 30.

44 *Otto Feller* (1890–1972), Studienprofessor, 1. 2. 1955 in den Ruhestand versetzt.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Kaum, das Orchester ist 45 Mann stark. Man hätte schon länger das Orchester aufgelöst, wenn es früher nicht wegen der bestehenden Dienstverträge für die Orchestermitglieder und der Bindung an das Theater unmöglich gewesen wäre. Nun ist das Stadttheater ja auch zerstört.

Ministerpräsident *Schäffer*: Es ist nicht Aufgabe des Finanzreferenten, bloß zu sparen.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Wir würden selbstverständlich das Orchester gerne behalten, wenn Sie uns die finanziellen Möglichkeiten gäben.⁴⁵ Unser Archiv und die Bibliothek sind gerettet, auch die Brunnen.⁴⁶ Bei der Gemäldesammlung sind Diebstähle vorgekommen. Die neue Gemäldesammlung wird im Schätzerpalais⁴⁷ untergebracht. Wir werden das Land Bayern bitten, uns von seinen Kunstschatzen hiefür noch etwas zu überlassen.⁴⁸

Ministerpräsident *Schäffer*: Man müßte erst feststellen, was an Kunstschatzen noch vorhanden ist.

[IX. Bekenntnisschulen und Berufsschulen]

Studienprofessor *Dr. Feller*: Beim Schulwesen wird es schwer fallen, Schulhelfer auszubilden. Man hofft, doch noch welche von den früheren Lehrkräften halten zu können. Die Einrichtung von Bekenntnisschulen scheidet hier in Augsburg an der Raumfrage.

Ministerpräsident *Schäffer*: Man wird eben wie früher beide Konfessionen in den Klassen belassen.

Studienprofessor *Dr. Feller*: Wegen der für Augsburg besonders wichtigen Wiedereröffnung der Berufsschulen laufen schon Anträge.

Ministerpräsident *Schäffer*: Sie wünschen also eine möglichst rasche Einrichtung.

[X. Fürsorgeleistungen]

Direktor *Dr. Seiler*⁴⁹: Mit der Fürsorge sind die Gemeinden nun nach Wegfall der Leistungen des Reiches auf dem Gebiet des Familienunterhalts schwer belastet.⁵⁰ Es erhebt sich nun die Frage, wie die untragbare Belastung der Fürsorgeverbände der Aufnahmeorte abgewälzt werden kann. Besteht hier die Aussicht einer Entlastung? Familienunterhalt und Räumungsunterhalt in der bisherigen Höhe müssen ohnehin aufhören, und die Unterstützungssätze sich auf das Existenzminimum beschränken. Bei der Kriegsofopferfürsorge, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge ergeben sich weitere Belastungen durch Wegfall der Renten, und durch Einstellung der Zahlungen des Reiches auf Kriegsschäden.⁵¹ Der Druck auf die Umquartierten, der seitens der Landbürgermeister immer noch ausgeübt wird, muß aufhören, weil er nur zu einer neuen Belastung der Städte führt.

Ministerpräsident *Schäffer*: Das, was wir wieder in der Stadt brauchen, sind die gelernten Handwerker. Viele gehen nicht zurück, weil sie auf dem Land bessere Verpflegung haben oder irgend eine Scheinarbeit leisten und von ihrem ersparten Geld leben können. Hier kann die Einstellung von Unterstützung auch erzieherisch wirken. Selbstverständlich können FU und RU⁵² nicht mehr gezahlt werden,⁵³ sondern nur die notwendige Wohlfahrtsunterstützung. Der Staat kann hier den Gemeinden schon helfen. Zu diesem Zweck ist im Staatshaushalt ein Posten untergebracht, der unter dem Titel „Fürsorge für Versehrte“ läuft und eigentlich zur Auffüllung der Wohlfahrtspflege gedacht ist. Technisch ist es also so, daß die Gemeinden zunächst die Ausgabe zu leisten haben und wenn sie nicht mehr in der Lage hiezu sind, rechtzeitig einen Antrag um Beihilfe beim Finanzministerium einreichen müssen. Die Kriegsbeschädigten des neuen Krieges werden ihre

45 Als Ersatz war vorerst ein Kammerorchester mit zwölf Mann vorgesehen; *Ott* S. 83.

46 U.a. Augustusbrunnen (1594) von Hubert Gerhard, Merkurbrunnen (1599) und Herkulesbrunnen (1602) von Adriaen de Vries.

47 Palais Schätzer in der Maximilianstraße.

48 Zum Fortgang dieser Forderung s. MK 50881.

49 Hans *Seiler* (1891–1970), 1949–1956 Leiter des Organisationsamtes in Augsburg.

50 Vgl. Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten in Würzburg für die Zeit vom 16.-31.8., 1.-15.9., 16.-30.9. 1945 (MSo 81).

51 Vgl. Nr. 5 TOP VIII und bes. Anm. 20.

52 Familienunterhalt und Räumungsunterhalt.

53 Vgl. Nr. 36.

Renten in Höhe des Existenzminimums von der alten Kasse erhalten. Die Ausgaben für Familienunterhalt müßten eigentlich nach Rückkehr der Soldaten vollkommen zusammenschmelzen. Die Angehörigen von Gefangenen können auch nur Wohlfahrtssätze erhalten. Ich erwarte hier den ersten Kassenbericht einer Gemeinde, etwa mit folgenden Angaben: frühere Kassenlage, heutige Belastung, Dauer des Anspruches und Erklärung, daß bei Gewährung der Unterstützung ein strenger Maßstab angelegt wurde. Nächstens wird mit Genehmigung der Militärregierung eine Entschließung des Staatsministeriums betreffend Räumungs- und Familienunterhalt erscheinen. In Ihrem Rückbericht können Sie dann die entsprechende Antwort geben und Ihre Sorgen niederlegen.

[XI. Wiederaufbau der Krankenhäuser]

Direktor *Dr. Seiler*: Der Wiederaufbau der städtischen Krankenhäuser ist im Gange. 7 Krankenhäuser in Augsburg sind ganz bzw. teilweise in Betrieb. 5 auswärtige Ausweichkrankenhäuser müssen geräumt werden. Unsere Pläne gehen dahin, die stationäre Behandlung schon wegen der besseren Möglichkeiten in einem großen Komplex mit etwa 1.000 Betten zusammenzufassen. Gedacht ist hier an die Einrichtung einer Kaserne.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Wer vertritt nun eigentlich das Deutsche Reich?

Ministerpräsident *Schäffer*: Das Land Bayern. Bezüglich des Eigentums an den Kasernen ist es aber so, daß alles Wehrmachtseigentum von der Militärregierung beschlagnahmt ist.⁵⁴ Wir bemühen uns, die treuhänderische Verwaltung dieses Eigentums zu bekommen. Es ist mir durchaus erwünscht, daß von einer Gemeinde ein Bericht betreffend Überlassung einer solchen Kaserne eingeht und ich teile auch die Auffassung, daß es höchste Zeit ist, solche Kasernenbeschlagnahmen aufzuheben.

[XII. Fürsorgeverbände]

Direktor *Dr. Seiler*: Ich komme nochmals auf die Fürsorge zurück. Durch den Ausfall der Zahlungen des Reiches auf Kriegsnutzungsschäden geraten die Fürsorgeverbände sehr in Not. Selbst wenn wir in Augsburg zur Sicherung des Existenzminimums der Betroffenen nur das Notwendigste bezahlen (also von 800.000 RM monatlichen Ansprüchen etwa nur 3 – 350.000 RM), erwächst hier diese untragbare Mehrbelastung.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Hiezu kommt noch, daß z.B., was für die Kleinrentnerfürsorge ausschlaggebend ist, z.Zt. kein Hypotheken- und Pfandbriefzins bezahlt wird.

Ministerpräsident *Schäffer*: Das ist ein Problem, das wir leider nicht regeln können, sondern das nur im großen Hauptquartier entschieden werden kann. Vielleicht muß der alte Hausbesitz noch weiter belastet werden, um den zerstörten Hausbesitz wieder aufzubauen.

[XIII. Kriegssachschäden]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Die Kriegsschäden in Augsburg betragen 1.000.000.000 RM. Die Stadt hat 40% ihres Wohnraumes verloren.

Ministerpräsident *Schäffer*: Seien Sie froh, München hat einen Verlust von 80%!

Baudirektor *Beblo*⁵⁵:

Augsburg hatte vor dem Kriege 52.500 Wohnungen, 35.000 hievon sind leicht und mittel beschädigt, 10.000 total beschädigt.⁵⁶ Ein Sofortplan sieht die Wiederherstellung von 13.100 leicht- und mittelbeschädigten Wohnungen vor. Die Beibringung der nötigen Baustoffe ist hiebei Grundbedingung.

Es sind benötigt:

⁵⁴ Vgl. Nr. 27.

⁵⁵ Richard *Beblo*, geb. 1905, Stadtbaurat, Beamter der Stadt Straßburg, der Stadt Augsburg von Februar bis September 1945 zur Dienstleistung zugewiesen.

⁵⁶ Vgl. Ott S. 81.

Dachpappe	13.000 qm
Kalk	900.000 kg
Glas	150.000 qm
Holz	26.900 cbm
Zement	2.000 to
Schweres Segeltuch	20.000 qm
Nägeln und Eisen	135.000 kg
Dachplatten	8.000.000 Stück
Mauersteine	8.000.000 Stück
Gips	450.000 kg.

(Zwischenrede *Dr. Ott*: Das Werk Oggenhof bei Augsburg kann hievon 300.000–400.000 Stück Ziegel hersteilen, vorausgesetzt, daß das Werk die nötige Kohle erhält).

Von den angeführten Baumaterialien stehen außer Kleinstmengen z.Zt. nur rd. 4.000 cbm Bauholz zur Verfügung. Die Ziegeleien, Zementfabriken usw. brauchen Kohlen für ihre Fabrikation. Schwaben allein kann den Baustoffbedarf nicht decken. Die Stadt muß also auch auf Fabriken außerhalb des Gaus z.B. Ziegelwerke in Lochhausen, Zementfabrik Blaubeuren zurückgreifen.

Ministerpräsident *Schäffer*: Sie werden hier bei der Militärregierung etwas erreichen, wenn Sie darauf hinweisen, daß der Winter bei schlechter Ernährung, fehlender Heizung und ungenügendem Wohnraum Seuchengefahr bringt.

Baudirektor *Beblo*: Wir lassen in Augsburg Schäden im Umfang von etwa 5 bis 10.000 RM beheben und geben aus den bewirtschafteten Baustoffen geringe Mengen an die Bauherren hiefür ab. Was an Kleinwohnraum instandgesetzt wird, können wir nicht kontrollieren, da Bauvorhaben unter 500, – RM nicht genehmigungspflichtig sind.

Wirtschaftsminister *Lange*: Klammern Sie sich in diesen Sachen nicht an behördliche Vorschriften, sondern lassen Sie alles zu, was mit eigenem oder sonst irgendwie zu beschaffendem Material irgendwie erledigt werden kann.

[XIV. Baustoffbewirtschaftung und Kohlenmangel]

Bürgermeister *Dr. Ott*: Ist mit dem Aufbau einer Baustoffbewirtschaftung für das Land Bayern zu rechnen?

Wirtschaftsminister *Lange*: Die Bewirtschaftung wird dann eintreten, wenn Baustoffe vorhanden sind.⁵⁷ Zunächst muß das Kohleproblem⁵⁸ als Hauptproblem gelöst werden. Von der Tschechoslowakei sind durch Gegenleistungsvertrag 20.000 Tonnen Kohle gesichert. Die Verträge mit dem mitteldeutschen Kohlenggebiet sind wegen Besetzung dieses Gebietes durch Russen hinfällig geworden. Wegen der Ruhrkohle wird noch verhandelt.⁵⁹ Auch mit den Saargruben besteht ein Vertrag. Als Gegenleistung liefern wir wöchentlich 100 Stück Vieh. Diese Kohlen sind aber vorwiegend für Molkereien benötigt. Weiter besteht das Projekt, die

⁵⁷ Vgl. Nr. 13 und Oberste Baubehörde im StMI an die Regierungspräsidenten, 12. 9. 1945 betr. Baustoffbewirtschaftung (OMGBY 13/106–3/10).

⁵⁸ Vgl. Nr. 10.

⁵⁹ Vgl. Nr. 6 Anm. 29 und Nr. 10 Anm. 10 und 11.

nordbayerischen Gruben⁶⁰ besser auszubauen. Die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter wird durch Gewährung von Nahrungsmitteln in Höhe von 3.000 Kalorien und noch mehr gefördert.

Ministerpräsident *Schäffer*: Wenn das Bestreben der Amerikaner, ihre Kohle aus dem Ruhrgebiet zu bekommen, Erfolg hat, dann wird die bayerische Lieferungsquote für das Peißenberger Revier herabgesetzt.

Wirtschaftsminister *Lange*: Von der Peißenberger Kohle sind 80% von den Amerikanern beschlagnahmt.

[XV. Bauwesen]

Baudirektor *Beblo*: Ich komme auf das Bauwesen zurück. Die Stadt selbst kann an größeren Bauinstandsetzungen z.Zt. nur die an Krankenhäusern und Schulen durchführen.

Baudirektor *Hett*⁶¹: Im Tiefbau erheben sich die gleichen Probleme wie im Hochbau. Es fehlen insbesondere zur Wiederherstellung der zerstörten Kanalisationsanlagen die nötigen Fachkräfte. Es ist weiter hemmend, daß die Züge der Reichsbahn z.Zt. für Arbeiterverkehr nicht freigegeben sind.

Bürgermeister *Dr. Ott*: In dieser Angelegenheit habe ich etwa vor 14 Tagen mit der Militärregierung verhandelt wegen Einführung des Vorortsverkehrs im Umkreis von 35 km. Die Militärregierung hätte gerne über das Ausmaß dieses Verkehrs Unterlagen gehabt (Zugsdichte, Zuglänge), die ihr sicher die Reichsbahn verschaffen könnte.

Baudirektor *Hett*: Wie im Kanalbau, so besteht auch auf den anderen Gebieten des Tiefbaues, wie Straßenbau usw. das Problem: Fachkräfte, Fahrzeuge, Treibstoff. Die Amerikaner haben uns versprochen, hierfür Autos bereitzustellen. Als endlich die nötigen Leute beisammen waren, rückte die Truppe mit ihren Fahrzeugen ab.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Das Arbeitsamt hat eben auch mit der Einführung der Diestverpflichtung zu lange gezögert.

Baudirektor *Hett*: Sehr dringend sind für uns Zementlieferungen (Werk Haarburg). Leider sind von den Amerikanern riesige Mengen für die Betonierung der Startbahnen auf Flugplätzen beschlagnahmt.

Oberbaurat *Moosi*⁶²: Die Sicherstellung der Energieversorgung und der Verkehrsleistungen hängt wesentlich davon ab, wie Ersatz für die ausscheidenden Fachkräfte beschafft werden kann. Die Einarbeitung neuer Kräfte beansprucht bei den Stadtwerken wesentlich mehr Zeit als bei anderen Betrieben und Ämtern. Die ordnungsgemäße Betriebsführung und Instandhaltung der Anlagen, insbesondere die rasche Beseitigung von Störungen, setzt erfahrene, netzkundige Leute voraus.

Ministerpräsident *Schäffer*: Verlängerung der Einarbeitungszeit muß unter diesen Voraussetzungen wohl möglich sein.

[XVI. Entnazifizierungspraxis]

Regierungspräsident *Dr. Kreisselmeyer*: Ich hatte den Auftrag, den Leiter des Arbeitsamtes zu entfernen. Auf meine Vorstellungen bei Major Cromwell, daß das nicht ohne weiteres ginge und dieser bleiben müsse, solange, bis ein passender Nachfolger gefunden und eingearbeitet sei, wurde folgende Formel gefunden: Der zu Entlassende hat in Augsburg zu verbleiben und sich bereitzuhalten, seinem Nachfolger auf Anfordern bereitzustehen. Als ich dann eigene Referenten entlassen mußte, habe ich die gleiche Formel gewählt. Angemessene Vergütung wird gewährt. Es wurde hierüber jeweils an die Militärregierung berichtet.

Ministerpräsident *Schäffer*: Dieses Verfahren ist richtig, darf jedoch nicht zu häufig angewandt werden, weil es sonst gefährdet wird.

60 Muß heißen: südbayerische Gruben; vgl. Nr. 10 TOPI. In Nordbayern wurden bis 1982 bei Schwandorf in der mittleren Oberpfalz oberflächennahe Braunkohlevorkommen im Großtagebau abgebaut; zum dortigen Abbau für die Strom- bzw. Brikettgewinnung vgl. Weekly Report RMG Nr. 5,12.-15. 6. 1945 (OMGBY 13/74-2/1).

61 Otto Hett (1885-1965), Baudirektor.

62 Ernst Moos (1896-1982), Oberbaurat.

Bürgermeister *Dr. Ott*: Ich danke für Ihren Besuch und das Interesse, das Sie unseren Sorgen entgegen gebracht haben.⁶³

Ministerpräsident *Schäffer*: Ich danke für die wertvollen Informationen.⁶⁴

Ausgefertigt: Feile

63 In seinen Erinnerungen fügte Ott ergänzend hinzu, Schäffer habe die Überzeugung geäußert, daß Augsburg in der Bewältigung der kommenden Aufgaben für die Landesregierung kein Sorgenzentrum bedeute und hinter keiner anderen Stadt in der Überwindung der Kriegsfolgen zurückstehen werde; *Ott S. 71 f.* Am 13.8. 1945 sprach Ott persönlich in der StK bei Schäffer vor, um die bereits schriftlich eingereichten Vorstellungen gegen die geplante Aufhebung der Reichspostdirektion Augsburg zu unterstreichen (NL Pfeiffer 52).

64 Vgl. *Ott S. 72*: „Die Aussprache wurde bei einem von der Stadt gegebenen Mittagessen im gleichen Kreise fortgesetzt. Das war vorher und ist heute weit verbreitete Übung, war damals aber keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Denn es bot ziemliche Schwierigkeiten, den Gästen etwas vorzusetzen, was ehrlich markenfrei war und so weder an die Teilnehmer schwer erfüllbare Ansprüche stellte noch sie dem sicheren und berechtigten Vorwürfe schlechtesten Beispiels aussetzte. Der Wirt des wenig beschädigten Ludwigsbaues schaffte das einschließlich eines Gläschen Weines und, was den drei anwesenden Spitzen des Staates, des Bezirks und der Stadt besonders wichtig war, sogar samt einer Zigarre“.